

# **Umweltschutz durch kommunales Satzungsrecht**

**Bauleitplanung – Abfall – Abwasser – Abgaben – Baumschutz**

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Gertrude Lübbe-Wolff**

und

**Dr. Bernhard W. Wegener**

Mit Beiträgen von

Prof. Dr. Thomas Bunge

Dr. Nicole Pippke

Katja Gnittke

Prof. Dr. Gertrude Lübbe-Wolff

Dr. Bernhard W. Wegener

Karl Heinz Führen

Caroline von Bechtolsheim

Prof. Dr. Monika Böhm

3., überarbeitete und erweiterte Auflage

---

**ERICH SCHMIDT VERLAG**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Lübbe-Wolff, Gertrude:**

Umweltschutz durch kommunales Satzungsrecht: Bauleitplanung – Abfall –  
Abwasser – Abgaben – Baumschutz / Gertrude Lübbe-Wolff und  
Bernhard W. Wegener. – 3., überarb. und erw. Aufl. – Berlin :  
Erich Schmidt, 2002

Früher u. d. T.: Umweltschutz durch kommunales Satzungsrecht  
ISBN 3-503-06603-9

1. Auflage 1993
2. Auflage 1997
3. Auflage 2002

**ISBN 3 503 06603 9**

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2002

Dieses Buch ist auf säurefreiem Paper gedruckt  
und entspricht den Frankfurter Forderungen zur Verwendung  
alterungsbeständiger Papiere für die Buchherstellung.

Satz: multitext, Berlin

Druck: Bitter, Recklinghausen

## Geleitwort

„Wirksamer Umweltschutz bedarf enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden“ lautete bereits eine der zehn Thesen des Umweltprogrammes der Bundesregierung von 1971.

Bei der näheren Ausformulierung von Umweltpolitik und Umweltrecht ist die besondere Rolle der Kommunen, die Betroffene wie auch Gestalter von Umweltschutz sind, jedoch nicht immer angemessen zum Ausdruck gekommen. Die Kommunen erfüllen bei dem Vollzug der Umweltgesetze von Bund und Ländern, vor allem aber im Rahmen ihrer grundgesetzlich gewährleisteten Selbstverwaltung, wichtige Aufgaben im Umweltschutz; sie gestalten, wie auch die Agenda 21 der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 feststellte, mit ihren Entscheidungen die örtliche Lebenswelt des Menschen und verändern seine soziale wie natürliche Umwelt. Umso bedeutsamer ist die Entwicklung eines der Umweltvorsorge verpflichteten kommunalen Umweltrechts.

Die in dem vorliegenden Band zusammengefassten Abhandlungen zu den Bereichen Bauleitplanung, Abfall, Abwasser, Baumschutz und Abgaben fördern diese Entwicklung. Sie beschreiben die rechtlichen Möglichkeiten und Spielräume, die das Instrument der Satzung zur Verwirklichung kommunaler Umweltpflege bietet, berücksichtigen die besondere Lage der Kommunen in den neuen Bundesländern und vermitteln dadurch die notwendigen Kenntnisse zur praktischen Verbesserung des Umweltschutzes auf der örtlichen Ebene der Kommunen in ganz Deutschland. Bei der zunehmenden Tendenz zur Privatisierung öffentlich-rechtlicher Aufgaben ist auch die Abgrenzung von hoheitlichen und privatwirtschaftlichen Tätigkeiten der Gemeinden und Landkreise von Bedeutung, wofür es besonders im Abfallrecht einige aktuelle Beispiele gibt.

Berlin, Februar 2002

Prof. Dr. Heinrich von Lersner  
Präsident des Umweltbundesamtes a.D.

## Vorwort

Die Kommunen haben, wie in vielen Bereichen, so auch im Umweltschutz mit Problemen zu kämpfen, die sie überwiegend nicht selbst erzeugt haben. Als Planungsträger müssen sie Nutzungskonflikte bewältigen, die sich mit zunehmenden Verkehrsströmen, zunehmender Belastung der verschiedenen Umweltmedien und zunehmender Bevölkerungsdichte tendenziell immer weiter verschärfen, und als entsorgungspflichtige Körperschaften tragen sie Verantwortung für die Bewältigung unliebsamer Kehrseiten unserer Konsumgesellschaft. Seit einigen Jahren verstehen sich die Kommunen aber nicht mehr nur als Betroffene einer Umweltpolitik, die auf anderen Ebenen gemacht – oder auch versäumt – wird, sondern beginnen, ihre eigenen umweltpolitischen Handlungsspielräume systematisch zu nutzen.

Mit dem relativ jungen Alter des kommunalen Umweltschutzes als eigenständig wahrgenommenes, zusammenhängendes Aufgabenfeld hängt es zusammen, dass die kommunale Arbeit auf diesem Gebiet teilweise durch erhebliche technisch-praktische, noch mehr aber durch rechtliche Unsicherheiten belastet ist. Das gilt ganz besonders dort, wo die Gemeinden nicht nur ihr unmittelbar eigenes Umweltnutzungsverhalten z.B. im Beschaffungswesen, in der Energieversorgung kommunaler Gebäude oder im Gebrauch von Dienstfahrzeugen zu verbessern suchen, sondern auch mit Wirkung für ihre Bürger regelnd tätig werden, also auf dem Gebiet des kommunalen Satzungsrechts.

Versuche, das umweltrelevante kommunale Satzungsrecht zu einem effektiven kommunalen Umweltrecht zu entwickeln, sind in einen dichten, aber keineswegs schon durchweg fixierten und deutlich sichtbaren rechtlichen Rahmen eingebunden. Nicht nur die verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Rechte der Bürger müssen gewahrt, sondern auch die in der Verfassung angelegten und einfachgesetzlich ausgeformten Grenzen der kommunalen Regelungskompetenz im Verhältnis zu den Regelungskompetenzen des Bundes und der Länder müssen beachtet werden. Auf diesem unübersichtlichen Gebiet stoßen die Bemühungen engagierter Umweltämter und -dezernate daher besonders häufig auf eine teilweise traditionsgeprägte und rollenspezifische, teilweise aber auch durch schlichten Mangel an Zeit für die erforderliche umfangreichere Klärungsarbeit bedingte Reserve der Rechtsämter und Aufsichts-

behörden gegenüber gerichtlich noch nicht abgeseigneten Neuerungen. Betroffenen Bürgern und ihren Anwälten, kontrollierenden Gerichten und auch Juristen, die die Materie wissenschaftlich bearbeiten, fällt die Beurteilung satzungsrechtlicher Regelungen oder Regelungsentwürfe, mit denen die Kommunen ökologische Steuerungszwecke verfolgen, oft auch deshalb schwer, weil die dahinterstehenden technischen und vollzugspraktischen Gegebenheiten oft nicht hinreichend bekannt sind. Die Vermittlung dieser technischen und vollzugspraktischen Gegebenheiten wird oft dadurch erschwert, dass technisch-wissenschaftliche Spezialisten auf der einen und Juristen auf der anderen Seite sich der Materie unter ganz verschiedenen Relevanzgesichtspunkten nähern.

Das vorliegende Buch möchte in dieser Situation allen Beteiligten eine Orientierungshilfe und Wege zur wechselseitigen Verständigung bieten. In erster Linie soll es den Kommunen als Ratgeber für eine umweltfreundliche, praxisgerechte und rechtlich einwandfreie Gestaltung ihrer wichtigsten umweltrelevanten Satzungen dienen. Daneben soll es aber gleichermaßen auch für Justiz- und Universitätsjuristen, Anwälte, Unternehmen, Umweltverbände und andere Interessenten, die sich Klarheit über die Reichweite und Grenzen kommunaler Regelungsmöglichkeiten im Umweltschutz verschaffen möchten, nutzbar sein.

Die einzelnen Beiträge konzentrieren sich dementsprechend auf die umweltrelevanten Aspekte der jeweiligen Satzung. Sie stellen, möglichst unter Einbeziehung vorhandener Mustersatzungen, erprobte und/oder in der Praxis diskutierte Regelungsmöglichkeiten dar und erläutern und bewerten sie, soweit erforderlich, unter ökologischen, vollzugspraktischen und rechtlichen Gesichtspunkten.

Für den Bereich der überwiegend satzungsförmigen kommunalen Bauleitplanung (Kap. 1), würde eine sowohl in planerisch-technischer wie in rechtlicher Hinsicht auch nur annähernd vollständige Anleitung für eine ökologische Planungspraxis allerdings Regalmeter füllen. In diesem Punkt muss die Darstellung sich daher teilweise auf die wesentlichen, schwerpunktmäßig rechtlichen Grundzüge beschränken. Das Kapitel über die Bauleitplanung ist aber für die vorliegende dritte Auflage nochmals erheblich erweitert worden und enthält zu den außerrechtlichen Fragen einer umweltfreundlichen Planungspraxis, die aus Raumgründen nicht in allem Detail behandelt werden konnten, jeweils ausführliche Hinweise auf weiterführende Anleitungen und sonstige Literatur.

Mit den Beiträgen zur Abfallsatzung (Kap. 2), zur Abwassersatzung (Kap. 3), zur Baumschutzsatzung bzw. -verordnung (Kap. 4) und zu den Abfall- und Abwasserabgaben (Kap. 5 Abschn. 1 und 2) konnte, da es sich hier um Sachberei-

che von weniger uferloser sachlicher und rechtlicher Komplexität handelt, eher der Versuch gemacht werden, einen für praktische Zwecke einigermaßen vollständigen Überblick über die Umweltaspekte der jeweiligen Satzung einschließlich der damit zusammenhängenden Rechtsfragen zu geben.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob und inwieweit die Kommunen berechtigt sind, eigene kommunale Umweltsteuern zu erheben, ist auch nach der stark umstrittenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Unvereinbarkeit kommunaler Verpackungssteuern mit dem Kooperationsprinzip des Abfallrechts des Bundes rechtlich noch vieles ungeklärt. In dem dieser Frage gewidmeten Beitrag (Kap. 5 Abschn. 3) stehen daher naturgemäß nicht Hinweise zur Ausgestaltung im Detail, sondern die Erörterung der rechtlichen Grundfragen im Vordergrund. Eine grundsätzliche rechtliche Kontroverse greift schließlich in aller Kürze auch das letzte Kapitel des Bandes auf. In dem Beitrag mit dem Titel „Autonomes kommunales Satzungsrecht“ (Kap. 6) geht es um die generell umstrittene und besonders für die Reichweite der kommunalen Regelungskompetenzen im Umweltschutz bedeutsame Frage, ob die Kommunen satzungsrechtliche Regelungen, die Rechte der Bürger berühren, nur aufgrund spezieller gesetzlicher Ermächtigungen treffen dürfen, oder ob sie zu solchen Regelungen auch allein aufgrund der ihnen verfassungsrechtlich zugewiesenen Satzungsautonomie berechtigt sind.

Alle Beiträge sind für die Neuauflage aktualisiert worden. Zwischenzeitliche Änderungen der Rechts- und Sachlage, Rechtsprechungsänderungen und Erkenntnisfortschritte in der Literatur haben dabei in Teilen zu erheblichen Änderungen geführt. Für die Neufassung der Beiträge zu den Abfallsatzungen und den Abfallgebühren ist der Kreis der Autoren um zwei ausgewiesene Praktikerrinnen ergänzt worden. Annette Steenken und Andreas Wiebe sind aus beruflichen Gründen ausgeschieden. Ihnen sei auch an dieser Stelle für ihre Mitarbeit an den Voraufgaben herzlich gedankt.

Wer in diesem Buch nicht zusammenhängend lesen, sondern es zum Nachschlagen nutzen möchte, sollte den Weg zu den gesuchten Informationen entweder über das Inhaltsverzeichnis am Anfang oder über das für die Neuauflage nochmals detaillierter gestaltete Stichwortverzeichnis am Ende des Bandes finden können. Die Verfasser/innen, unter den auf der letzten Seite dieses Bandes aufgeführten Adressen erreichbar, freuen sich über jeden ergänzenden oder kritischen Hinweis, der dazu dienen kann, die praktische Nutzbarkeit dieses Buches weiter zu verbessern.

Wie schon die Voraufgaben, so verdankt auch die dritte Auflage ihr Zustandekommen nicht nur den Autoren und dem Verlag: Die Textbearbeitung erledigte

*Vorwort*

mit liebenswürdiger Umsicht und Kompetenz Frau Birgit Bent. Volker Siebert hat durch Materialrecherchen und editorische Arbeiten mitgewirkt. Ihnen beiden danken wir herzlich.

Bielefeld, Februar 2002

G. Lübbe-Wolff und B. W. Wegener

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Geleitwort . . . . .	5	
(Heinrich Frh. v. Lersner, Präsident des Umweltbundesamt a.D.)		
Vorwort . . . . .	7	
(Gertrude Lübke-Wolff/Bernhard W. Wegener)		
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	21	
<b>Kapitel 1: Bauleitplanung</b> . . . . .	<b>29</b>	<b>1–296</b>
Thomas Bunge, Berlin		
1. Einleitung . . . . .	30	1– 6
2. Grundlagen . . . . .	33	7– 72
2.1 Bauleitplanung . . . . .	33	7– 12
2.2 Die planerische Gestaltungsfreiheit und ihre Grenzen . . . . .	35	13– 47
2.2.1 Planrechtfertigung . . . . .	35	15– 24
2.2.2 Planungsleitsätze . . . . .	39	25– 31
2.2.3 Abwägung der Belange . . . . .	41	32– 47
2.3 Umweltschutzbelange in der Abwägung . . . . .	47	48– 49
2.4 Umweltverträglichkeitsprüfung . . . . .	47	50– 70
2.4.1 Umweltverträglichkeitsprüfung von Bebauungs- plänen nach dem UVP-Gesetz . . . . .	48	51– 62
2.4.2 Umweltverträglichkeitsprüfung von Bauleitplänen aufgrund kommunaler Vorschriften . . . . .	54	63– 67
2.4.3 Umweltprüfung aufgrund der EG-Richtlinie 42/2001/EG . . . . .	56	68– 70
2.5 Verwaltungsvorschriften . . . . .	57	71
2.6 Literatur . . . . .	61	72
3. Immissions- und Klimaschutz, Energieeinsparung . . . . .	62	73–138
3.1 Allgemeines . . . . .	62	73– 94
3.1.1 Begriffliche Grundlagen . . . . .	63	76– 77
3.1.2 Vorgaben für die Abwägung . . . . .	63	78– 94

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
3.2	Regelungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung . . . .	72 95–138
3.2.1	Darstellungen im Flächennutzungsplan. . . . .	74 101–102
3.2.2	Festsetzungen im Bebauungsplan zum Immissions- und Klimaschutz . . . . .	74 103–129
3.2.3	Festsetzungen im Bebauungsplan zur Energie- einsparung . . . . .	85 130–138
4.	Bodenschutz. . . . .	89 139–178
4.1	Allgemeines . . . . .	89 139
4.2	Vorgaben für die Abwägung . . . . .	90 140–151
4.2.1	§ 1 Abs. 5 S. 1 und 2 BauGB. . . . .	90 140–145
4.2.2	Weitere Vorgaben . . . . .	92 146–151
4.3	Regelungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung . . . .	94 152–162
4.3.1	Darstellungen im Flächennutzungsplan. . . . .	94 152
4.3.2	Festsetzungen im Bebauungsplan . . . . .	94 153–162
4.4	Altlasten. . . . .	98 163–178
4.4.1	Allgemeines . . . . .	98 163–164
4.4.2	Pflicht zur Untersuchung von Flächen. . . . .	99 165–171
4.4.3	Darstellungs- und Festsetzungsmöglichkeiten. . . . .	102 172
4.4.4	Kennzeichnungspflichten. . . . .	103 173–178
5.	Gewässerschutz . . . . .	105 179–188
5.1	Allgemeines . . . . .	105 179–180
5.2	Vorgaben für die Abwägung . . . . .	106 181–183
5.3	Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan	107 184–185
5.4	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan . . . . .	107 186–188
5.4.1	Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB. . . . .	107 186
5.4.2	Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB. . . . .	108 187
5.4.3	Festsetzungsmöglichkeiten aufgrund Landesrechts. .	108 188
6.	Naturschutz und Landschaftspflege. . . . .	108 189–267
6.1	Allgemeines . . . . .	108 189
6.2	Vorgaben für die Abwägung . . . . .	109 190–193
6.3	Örtliche Landschaftsplanung und Bauleitplanung. . .	110 194–203
6.4	Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan	119 204–213
6.4.1	Darstellungen nach § 5 Abs. 2 BauGB . . . . .	119 205–210
6.4.2	Übernahme von Darstellungen des Landschaftsplans	121 211–213
6.5	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan . . . . .	121 214–228
6.5.1	Festsetzungen aufgrund des § 9 Abs. 1 BauGB. . . . .	122 215–225
6.5.2	Übernahme von Darstellungen des Landschafts- oder Grünordnungsplans . . . . .	125 226–228
6.6	Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung . . . . .	127 229–255

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
6.6.1	Anwendungsbereich der Eingriffsregelung des Baugesetzbuchs . . . . .	127 230
6.6.2	Grundlagen . . . . .	128 221–238
6.6.3	Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen .	131 239–246
6.6.4	Abwägung . . . . .	135 247–250
6.6.5	Bereitstellung der Flächen . . . . .	136 251–252
6.6.6	Zur Durchführung und Finanzierung der Maßnahmen . . . . .	137 253–255
6.7	Verträglichkeitsprüfung nach der Fauna-Flora- Habitat-Richtlinie . . . . .	140 256–267
6.7.1	Grundlagen . . . . .	140 256–257
6.7.2	Die Verträglichkeitsprüfung . . . . .	140 258–259
6.7.3	Konsequenzen bei möglicher erheblicher Beeinträchtigung von Schutzgebieten . . . . .	141 260–264
6.7.4	„Potenzielle“ FFH-Gebiete und „faktische“ Vogelschutzgebiete . . . . .	144 265–266
6.8	Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung, der Eingriffsregelung und der Verträglichkeits- prüfung nach den §§ 19c und 19d BNatSchG . . . . .	145 267
7.	Abfallentsorgung . . . . .	145 268–279
7.1	Flächen für die Abfallentsorgung . . . . .	145 268–277
7.1.1	Allgemeines . . . . .	145 268–270
7.1.2	Vorgaben für die Abwägung . . . . .	146 271–275
7.1.3	Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan	147 276
7.1.4	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan . . . . .	147 277
7.2	Abfallwirtschaftliche Maßnahmen . . . . .	148 278–279
8.	Abwasserbeseitigung . . . . .	148 280–289
8.1	Allgemeines . . . . .	148 280
8.2	Vorgaben für die Abwägung . . . . .	149 281–282
8.3	Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan	149 283–284
8.4	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan . . . . .	150 285–289
8.4.1	§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB . . . . .	150 285–288
8.4.2	Festsetzungen aufgrund Landesrechts . . . . .	151 289
9.	Resümee: Bauleitplanung und kommunale Umweltpolitik . . . . .	151 290–296
	Literaturverzeichnis . . . . .	154

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
<b>Kapitel 2: Abfallsatzung</b> .....	165	297–365
Nicole Pippke / Katja Gnittke		
1. Einleitung .....	166	297–298
2. Rechtliche Rahmenbedingungen .....	167	299–313
2.1 Allgemeines .....	167	299
2.2 Bundesrecht .....	167	300–309
2.2.1 Abfallbegriff, Abfall zur Verwertung und Abfall zur Beseitigung .....	168	300–302
2.2.2 Entsorgungspflichtige .....	170	303
2.2.3 Übertragung der Entsorgungspflicht .....	171	304–306
2.2.4 Rechtsverordnungen .....	173	307–308
2.2.5 Verwaltungsvorschriften .....	175	309
2.3 Landesrecht .....	175	310–312
2.4 Europarecht .....	177	313
3. Ausschluss von Abfällen .....	177	314–317
3.1 Ausschluss nicht aus privaten Haushaltungen stammender Abfälle zur Beseitigung .....	178	315
3.2 Ausschluss rücknahmepflichtiger Abfälle .....	179	316–317
4. Vermeidung .....	181	318–329
4.1 Produktbezogene Vorschriften .....	181	319–322
4.2 Kommunales Beschaffungs- und Auftragswesen ...	184	323–324
4.3 Einwirkung auf Betreibungsunternehmen .....	186	325–326
4.4 Abfallberatung, Öffentlichkeitsarbeit .....	187	327
4.5 Informationsverpflichtungen .....	188	328–329
5. Verwertung .....	189	330–360
5.1 Anschluss- und Benutzungszwang .....	189	331–347
5.1.1 Haushaltsabfälle .....	190	332–339
5.1.2 Gewerbliche und industrielle Abfälle .....	195	340–343
5.1.3 Ausnahmen von der Überlassungspflicht .....	197	344–347
5.2 Regelungen der Art und Weise der Entsorgung ...	199	348–360
5.2.1 Getrennthaltung von Abfällen .....	199	349–352
5.2.2 Bring- und Holsysteme .....	203	353–360
6. Überwachung, Durchsetzung .....	209	361–364
6.1 Betretungsrechte .....	211	362–363
6.2 Auskunftsverpflichtungen .....	212	364
7. Ordnungswidrigkeiten .....	213	365
Literaturverzeichnis .....	213	

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
<b>Kapitel 3: Abwassersatzung</b> . . . . .	219	366–479
Gertrude Lübbe-Wolff / Bernhard W. Wegener		
1.     Regelungsgegenstände und ökologische Bedeutung der kommunalen Abwassersatzung . . . . .	220	366–373
1.1    Die Abwassersatzung als Nutzungsregime für die Einrichtungen der öffentlichen Abwasserbeseitigung	220	366–369
1.2    Regelungsinhalte . . . . .	221	370–373
2.     Reichweite der kommunalen Regelungskompetenz .	223	374–385
2.1    Rechtsgrundlagen der Abwassersatzung . . . . .	223	374–377
2.1.1  Kommunalrecht . . . . .	223	374–376
2.1.2  Wasserrecht . . . . .	224	377
2.2    Verhältnis zu anderen Regelwerken . . . . .	225	378–385
2.2.1  Wasser- und Abfallrecht . . . . .	225	378–380
2.2.2  Technische Normen . . . . .	226	381–382
2.2.3  Mustersatzungen . . . . .	227	383–385
3.     Regelungen zur Begrenzung der Schadstoff- einleitungen . . . . .	228	386–423
3.1    Regelungsziele . . . . .	228	386–391
3.2    Allgemeine Einleitungsbeschränkungen und stoffbezogene Verbote . . . . .	230	392–396
3.3    Grenzwerte . . . . .	233	397–416
3.3.1  Entbehrlichkeit angesichts wasserrechtlicher Indirekteinleiterregelungen? . . . . .	233	397–402
3.3.2  Regelungsmöglichkeiten . . . . .	236	403–416
3.4    Vorbehalt wasserbehördlicher Genehmigung . . . . .	241	417
3.5    Anlagentechnische Anforderungen . . . . .	242	418–423
4.     Sicherung der Funktionsfähigkeit der Grundstücksentwässerungsanlagen . . . . .	244	424–435
4.1    Allgemeines . . . . .	244	424–425
4.2    Dichtheit . . . . .	244	426–435
4.2.1  Problemlage . . . . .	244	426
4.2.2  Regelungsmöglichkeiten . . . . .	245	427–435
5.     Förderung der dezentralen Versickerung von Niederschlagswasser und der Nutzung von Niederschlagswasser als Brauchwasser . . . . .	249	436–441
6.     Überwachungs- und Durchsetzungsinstrumente . . . . .	252	442–479
6.1    Allgemeines . . . . .	252	442–443

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
6.2	Betretungs-, Besichtigungs- und Probenahmereghe .	253 444–450
6.2.1	Eingriff in das Grundrecht aus Art. 13 GG? . . . . .	253 445–447
6.2.2	Kontrollen auBerhalb der ublichen Betriebszeiten. . .	256 448–449
6.2.3	Unangemeldete Kontrollen . . . . .	257 450
6.3	Auskunfts- und Meldepflichten . . . . .	257 451–453
6.4	Eigenkontrollpflichten . . . . .	258 454–458
6.5	Wartungs- und Entsorgungsvertrage . . . . .	259 459–461
6.6	Abwasserkataster . . . . .	260 462–463
6.7	Genehmigungs- und Abnahmeerfordernisse . . . . .	261 464–467
6.8	Einleitungsuntersagung und andere Einzelanordnungen . . . . .	262 468–470
6.9	BuBgeldbewehrung, Haftung . . . . .	264 471–476
6.10	Uberwachungskostenregelung . . . . .	265 477–479
	Literaturverzeichnis . . . . .	266
<b>Kapitel 4: Baumschutzsatzung und -verordnung . . . . . 273 480–527</b>		
Karl-Heinz Fuhren		
1.	Einleitung . . . . .	274 480
2.	Rechtsgrundlagen . . . . .	274 481–485
2.1	§ 18 Bundesnaturschutzgesetz . . . . .	274 481–483
2.2	Landesrechtliche Regelungen . . . . .	275 484–485
3.	Empirisches . . . . .	280 486
4.	Regelungsinhalte einer Baumschutzsatzung . . . . .	280 487–518
4.1	Schutzzweck . . . . .	280 488–489
4.2	Raumlicher Geltungsbereich . . . . .	282 490–495
4.2.1	Bestimmtheit . . . . .	282 491–492
4.2.2	Einschrankung des Geltungsbereichs . . . . .	283 493–495
4.3	Sachlicher Geltungsbereich . . . . .	284 496–499
4.4	Verbotene MaBnahmen . . . . .	286 500–503
4.5	Anordnung von MaBnahmen . . . . .	288 504–505
4.6	Ausnahmen und Befreiungen . . . . .	289 506–513
4.6.1	MaBnahmen der Gefahrenabwehr . . . . .	289 508
4.6.2	Bauliche Nutzungen . . . . .	290 509–510
4.6.3	Verfahrensfragen . . . . .	291 511–513
4.7	Ersatzpflanzungen und Ausgleichszahlungen . . . . .	292 514–518
5.	Haftungsfragen . . . . .	295 519–521
6.	Rechtslage in den neuen Bundeslandern . . . . .	296 522–523
7.	Alternativen . . . . .	297 524–527
	Literaturverzeichnis . . . . .	299

	Seite	Randziffer
<b>Kapitel 5: Abgabensatzungen</b>		
<b>Erster Abschnitt: Abfallgebühren</b> . . . . .	301	528–626
Caroline von Bechtolsheim		
1. Steuerungswirkung von Entsorgungsgebühren . . . . .	302	528–532
2. Steuerungsziele einer ökologischen Abfallwirtschaft	306	533–539
2.1 Reduzierung der Stoffdurchsätze in der Volkswirtschaft . . . . .	307	534
2.2 Reduzierung der Schadstoffeinträge in die Umwelt .	307	535–536
2.3 Erfassung der überlassungspflichtigen Abfallfraktionen . . . . .	308	537–538
2.4 Beteiligung der Wirtschaft an Rücknahmesystemen	309	539
3. Gebührenrechtliche Grundlagen . . . . .	310	540–551
3.1 Allgemeine Grundsätze der Gebührenerhebung . . . . .	310	541–547
3.1.1 Kostendeckungsprinzip . . . . .	311	542–545
3.1.1.1 Reichweite . . . . .	311	542
3.1.1.2 Charakter . . . . .	311	543
3.1.1.3 Kostendeckungsprinzip als Kalkulationsmaxime . . . . .	311	544
3.1.1.4 Folgen einer Verletzung . . . . .	312	545
3.1.2 Äquivalenzprinzip . . . . .	313	546
3.1.3 Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG . . . . .	313	547
3.2 Zuständigkeitsfragen . . . . .	314	548–551
4. Die Höhe des Gebührenbedarfs: Welche Kosten finden Eingang in die Gebührenkalkulation? . . . . .	316	552–575
4.1 Grundsatz: Einstellung der nach betriebs- wirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten.	316	553–555
4.2 Insbesondere: Betriebskosten . . . . .	318	556–565
4.2.1 Allgemeine Betriebskosten . . . . .	318	556
4.2.2 Kosten der Abfallberatung . . . . .	319	557–558
4.2.3 Kosten für die Entsorgung von Abfällen außerhalb der regelmäßigen Grundstücksentsorgung . . . . .	319	559–560
4.2.4 Kosten für das verbotswidrige Ablagern von Abfällen . . . . .	320	561
4.2.5 Kosten für die Sanierung von Altlasten . . . . .	321	562–565
4.3 Kalkulatorische Kosten . . . . .	324	566–570
4.4 Kalkulatorische Wagnisse . . . . .	327	571–575
5. „Ökologisierung“ des Gebührenmaßstabes . . . . .	330	576–618
5.1 Gebührenrechtliche Zulässigkeit von Ökologi- sierungsanreizen . . . . .	330	577

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
5.2	Exkurs: Funktion Gebührenmaßstab und Gebührensatz . . . . .	331 578–584
5.2.1	Gebührenmaßstab . . . . .	331 579–583
5.2.1.1	Wirklichkeits- oder Wahrscheinlichkeitsmaßstab? . .	331 580–581
5.2.1.2	Notwendigkeit eines „wirklichkeitsnahen“ Wahrscheinlichkeitsmaßstabes zur Verhaltens- lenkung? . . . . .	333 582–583
5.2.2	Gebührensatz . . . . .	334 584
5.3	Insbesondere: Anreize zur Vermeidung von Abfällen . . . . .	334 585–607
5.3.1	Verhältnis mengenabhängiger/mengenunabhängiger Gebührenanteil (z. B. Verhältnis Leistungsgebühr/ Grundgebühr) . . . . .	334 588–592
5.3.2	Verursachergerechte Gebührenmaßstäbe . . . . .	337 593–607
5.3.2.1	Gewichts- oder Verwiegemaßstab . . . . .	338 594–599
5.3.2.2	Kombinierter Gefäßvolumen-/Personenmaßstab und Mindestvolumen . . . . .	340 600–601
5.3.2.3	Behältervolumenmaßstab mit individueller Wahlmöglichkeit . . . . .	341 602
5.3.2.4	Entleerungshäufigkeitsmaßstab . . . . .	342 603–604
5.3.3	Progressive Gebührengestaltung als Anreiz zur Vermeidung? . . . . .	343 605–607
5.4	Insbesondere: Anreize zur Verwertung von Abfällen	345 608–617
5.4.1	Förderung der Eigenverwertung durch Haushalte . . .	345 609–615
5.4.1.1	Zulässigkeit der Erhebung einer einheitlichen Gebühr? . . . . .	345 610
5.4.1.2	Von der Einheitsgebühr zum Grundsatz der Teilleistungsproportionalität (u. a. OVG NW) . . . . .	346 611–614
5.4.1.3	Aktuelle Rechtsprechung des BVerwG zur Teilleistungsproportionalität . . . . .	348 615
5.4.2	Anreize zur Verwertung getrennt überlassener Fraktionen durch den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (ÖRE) . . . . .	349 616–617
5.5	Anreize zur umweltverträglichen Beseitigung? . . . .	350 618
6.	Gebührenmaßstäbe für Entsorgungsanlagen außerhalb der Hausmüllabfuhr . . . . .	350 619–626
	Literaturverzeichnis . . . . .	360

	Seite	Randziffer
<b>Kapitel 5: Abgabensatzungen</b>		
<b>Zweiter Abschnitt: Abwassergebühren. . . . .</b>	365	627–658
Gertrude Lübbe-Wolff / Bernhard W. Wegener		
1. Allgemeines. . . . .	366	627–629
2. Beitrags- oder ausschließliche Gebührenfinanzierung	367	630–631
3. Gebührenbemessung . . . . .	368	632–658
3.1 Schmutzwasser . . . . .	368	632–652
3.1.1 Wasserverbrauchsmaßstab . . . . .	368	632–639
3.1.2 Andere Maßstäbe. . . . .	372	640
3.1.3 Grund- und Mindestgebühren, „Freigrenzen“. . . . .	372	641
3.1.4 Starkverschmutzerzuschläge . . . . .	373	642–649
3.1.5 Gebühren für Abwasseruntersuchungen . . . . .	379	650–652
3.2 Niederschlagswasser . . . . .	380	653–658
3.2.1 Flächen- oder Wasserverbrauchsmaßstab . . . . .	380	653–655
3.2.2 Absetzungsmöglichkeiten bei dezentraler Ver- sickerung oder Nutzung als Brauchwasser . . . . .	382	656–657
3.2.3 Vollständige Erfassung des abgeführten Nieder- schlagswassers. . . . .	384	658
Literaturverzeichnis. . . . .	385	
<b>Kapitel 5: Abgabensatzungen</b>		
<b>Dritter Abschnitt: Kommunale Umweltsteuern. . . . .</b>	389	659–703
Monika Böhm		
1. Einleitung . . . . .	390	659
2. Kommunale Verpackungssteuern . . . . .	390	660–665
2.1 Die Satzung der Stadt Kassel . . . . .	390	660
2.2 Der Rechtsstreit um die Kasseler Satzung . . . . .	391	661–665
2.2.1 VGH und BVerwG . . . . .	391	661
2.2.2 BVerfG . . . . .	392	662–665
3. Kommunale Kompetenzen im Steuerrecht . . . . .	394	666–699
3.1 Die Aussagen des Grundgesetzes . . . . .	395	667–671
3.2 Die Regelungen in den Kommunalabgabengesetzen der Länder . . . . .	397	672–678
3.3 Der Örtlichkeitsbegriff . . . . .	399	679–684
3.4 Gleichartigkeitsverbot . . . . .	401	685–687
3.5 Gleichheitsgebot . . . . .	403	688
3.6 Verfolgung von Lenkungszwecken. . . . .	403	689–690
3.7 Verhältnis von Steuererhebungs- und Sachkompetenz . . . . .	404	691–694

## Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
3.8	Aufsichtsbehördliche Genehmigung . . . . .	407 695–696
3.9	Rechtsschutz . . . . .	408 697–699
4.	Sonstige kommunale Umweltabgaben. . . . .	408 700–701
5.	Zusammenfassung . . . . .	409 702–703
Literaturverzeichnis . . . . . 410		
<b>Kapitel 6: Autonomes kommunales Satzungsrecht . . . . .</b>	<b>413</b>	<b>704–725</b>
Monika Böhm		
1.	Problemstellung . . . . .	414 704–709
2.	Der Wortlaut des Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG . . . . .	416 710–712
3.	Die Stellung der Gemeinden im Staatsgefüge . . . . .	417 713–714
4.	Selbstverwaltung als Teil der Verwaltung. . . . .	417 715–718
5.	„Richtigkeit“ der Regelung . . . . .	419 719–720
6.	Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungs- gerichtshofs vom 22. 1. 1992 . . . . .	421 721–723
7.	Zusammenfassung . . . . .	422 724–725
Literaturverzeichnis . . . . . 423		
Stichwortverzeichnis . . . . . 425		
Autorenverzeichnis . . . . . 433		